

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3929 –**

**Expertenkreis Politischer Islamismus im Bundesministerium des Innern und
für Heimat weiterführen**

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU wirft der Bundesregierung vor, die Bekämpfung des Islamismus zu vernachlässigen.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere auf, die Arbeit des Expertenkreises „Politischer Islamismus“ im Bundesministerium des Innern und für Heimat fortzusetzen, eine Dokumentationsstelle zum politischen Islam einzurichten und Forschung in diesem Bereich zu unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3929 abzulehnen.

Berlin, den 19. Oktober 2022

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Dr. Lars Castellucci
Stellvertretender Vorsitzender

Uli Grötsch
Berichtersteller

Christoph de Vries
Berichtersteller

Lamy Kaddor
Berichterstellerin

Linda Teuteberg
Berichterstellerin

Dr. Bernd Baumann
Berichtersteller

Martina Renner
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Uli Grötsch, Christoph de Vries, Lamy Kaddor, Linda Teuteberg, Dr. Bernd Baumann und Martina Renner

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/3929** wurde in der 60. Sitzung des Deutschen Bundestags am 13. Oktober 2022 an den Ausschuss für Inneres und Heimat zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 19. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3929 empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 19. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3929 empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 23. Sitzung am 19. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3929 empfohlen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 24. Sitzung am 19. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3929 empfohlen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 22. Sitzung am 19. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/3929 empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Inneres und Heimat hat den Antrag auf Drucksache 20/3929 in seiner 20. Sitzung am 19. Oktober 2022 abschließend beraten. Die Beratung erfolgte gemeinsam mit dem Antrag auf Drucksache 20/3946.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, die vorliegende Thematik habe man bereits in der öffentlichen Anhörung zur Finanzierung des politischen Islamismus behandelt. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat habe den Mitgliedern des Expertenkreises im August dessen Absetzung mitgeteilt. Dahingegen sei der Expertenkreis Muslimfeindlichkeit um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die Unionsfraktion erachte dies als entscheidenden Fehler. Das Bedrohungspotential sei angesichts von 28.000 Personen, die man dem islamistischen Extremismus zuschreibe, anhaltend hoch. In den Bereichen des islamistischen Terrorismus sei man gut aufgestellt, jedoch bezogen auf seinen ideologischen Nährboden – dem politischen Islamismus – fehle eine ausreichende Erkenntnis. Es gebe hier einen erheblichen Forschungsbedarf und man beobachte Lücken im wissenschaftlichen

Bereich und Defizite in den Erkenntnissen zu einzelnen Organisationen und deren Akteuren, die in die Gesellschaft und Politik hinein wirkten. All dies werde von der Bundesregierung ignoriert und als Problem verharmlost. Hier wäre die Fortführung des interdisziplinär arbeitenden Expertenkreises sehr sinnvoll. Bedauerlich sei, dass von der Bundesregierung der falsche Eindruck erweckt werde, die Arbeit des Expertenkreises werde fortgesetzt werden und die Teilnehmer würden zu Workshops eingeladen werden. Ein offizielles Nachfolgeformat bestehe jedoch in Wahrheit nicht. Mit dem Antrag forderte man das, was Vertreter von Verfassungsschutzbehörden und viele namhafte Experten verlangten. Islamfeindlichkeit könne auch dadurch entstehen, dass die Politik nicht bereit sei, ausreichend gegen Islamismus vorzugehen. Hierdurch schüre man keinen Generalverdacht. Insbesondere liberale Muslime forderten eine Auseinandersetzung mit dem politischen Islamismus. Es bestehe erheblicher Handlungs- und Forschungsbedarf. Es gebe in Deutschland keinen Lehrstuhl, der sich mit dem Phänomen politischer Islamismus beschäftige. Die Einstellung der Arbeit des Expertenkreises Islamismus sei daher ein Fehler. Der Antrag der AfD-Fraktion fordere vordergründig zwar dasselbe, beziehe sich jedoch primär auf Anschläge. Dies betreffe jedoch den Bereich islamistischer Terrorismus, der durch die Sicherheitsbehörden abgedeckt werde. Hierum gehe es im Expertenkreis Islamismus gerade nicht. Dieser Antrag helfe daher in der Sache nicht weiter. Für den eigenen Antrag werbe man um Zustimmung.

Die **Fraktion der SPD** betont, der Expertenkreis „Politischer Islamismus“ sei von vornherein auf ein Jahr ange setzt worden. Selbst die namhaftesten Experten zum Islamismus seien der Ansicht, dass für den Expertenkreis Islamismus geeignete Nachfolgemodelle gefunden werden müssten. Aufbauend auf dem Abschlussbericht des Expertenkreises würden Nachfolgeformate eingesetzt. Da Muslime seit über einem halben Jahrhundert zu Deutschland gehörten, sei es wichtig, sich mit diesen Nachfolgemodellen genau anzuschauen, wer diesen Glauben ad absurdum führen wolle. Es stimme nicht, dass der Bereich des legalistischen Islamismus auf Erkenntnisebene schlechter aufgestellt sei als der Bereich der Terrorismusabwehr. Am Thema des legalistischen Islamismus werde schon viel länger gearbeitet. Es sei besonders wichtig, keinen Generalverdacht gegen Muslime in Deutschland zu schüren. Genau dies finde aber durch einen solchen Antrag statt. Denn die Wirkung auf alle rechtschaffenden Muslime in diesem Land, das Gefühl zu haben, sich für den Glauben rechtfertigen zu müssen, sei verheerend. Beispiele aus Österreich bestätigten dies. Die Themen Islamismus und Islamfeindlichkeit dürften nicht gegeneinander aufgerechnet werden, beide Komplexe seien wichtig.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** warnt davor, durch die Debatte zum politischen Islamismus die Islamfeindlichkeit zu schüren, wie es der Vortrag der Fraktion der AfD gezeigt habe. Es bedürfe keiner Forschung und Lehrstühle eigens zum Islamismus, da es sich um eine politische Ideologie, mithin eine Querschnittsaufgabe handle, zu der in unterschiedlichen Disziplinen bereits geforscht werde. Obwohl von Anfang festgestanden habe, dass der Expertenkreis für ein Jahr arbeiten solle, habe dieser bislang kein nennenswertes Arbeitsergebnis vorgelegt. Das BMI plane die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Experten jenseits des institutionalisierten Kreises. Es bestehe kein Erkenntnisproblem zum Islamismus, denn es gebe mit der Deutschen Islamkonferenz, Prävention, Deradikalisierung und den Sicherheitsbehörden zahlreiche Mittel, sondern ein Umsetzungsproblem, und in letzteres müsse investiert werden. Islamismus und Islamfeindlichkeit bedingten einander und beiden Phänomenen müsse gemeinsam begegnet werden. Da in beiden Anträgen außerdem eine Definition des politischen Islamismus sowie eine sachliche Einordnung des Phänomens fehle, stimme sie diesen nicht zu.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, aus ihrer Sicht habe die AfD ein Problem, Salafismus und legalistischen Islamismus zu unterscheiden. Der Expertenkreis sei nicht beendet worden, sondern von vornherein befristet eingesetzt gewesen. Die jetzige Bundesregierung habe einen anderen Weg, mit Arbeitskreisen umzugehen. Man wolle einen Fokus auf die Umsetzung der Erkenntnisse legen. Die Koalition und Bundesregierung würden weiterhin anlassbezogen auf den Sachverstand von Experten aus dem Expertenkreis und darüber hinaus zurückgreifen. Es sei jedoch nicht Aufgabe dieses Expertenkreises gewesen, eigenständige Forschungen durchzuführen. Die Anträge lehne man ab.

Die **Fraktion der AfD** betont die Gefährdungslage durch den Islamismus in seiner gewalttätigen Ausprägung als auch in Gestalt des politischen Islam. Der Expertenkreis „Politischer Islamismus“ sei ohne die Angabe von Gründen aufgelöst worden, wobei der Expertenkreis zur Muslimfeindlichkeit verlängert und finanziell ausgestattet worden sei. Dies zeige eine einseitige Ausrichtung der Bundesregierung, die den Islamismus ausblende, und zeuge von einem Generalverdacht gegen Deutsche. Insbesondere an Schulen würden – wie Sozialwissenschaftler berichten – islamistische Äußerungen zunehmend aggressiv vertreten, wobei bei Lehrern die Angst vor Stigmatisierung als Islamfeinde, Ausländerfeinde, Rassisten steige. Zudem sei die Freiheit der Forschung in Gefahr. Der

politische Islam sei eine politische Ideologie und konstruiere ein Gesellschaftsbild, das im Widerspruch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung stehe. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei mit dem der AfD fast deckungsgleich. Dass die AfD ihre Anträge zeitlich vorher eingereicht habe zeige, dass die AfD die Thematik erkannt habe und vorangeschritten sei. Sie stimme daher dem Antrag der Union ebenfalls zu.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hält die Anträge für unausgegoren. Es gebe keine Defizite in der Analyse. Zudem sei der Begriff des politischen Islamismus in der Fachwelt umstritten, daher sollten die Antragsteller sich den Diskursen in der Fachwelt annähern. Eine fehlende Analyse sei dort nicht zu erkennen.

Berlin, den 19. Oktober 2022

Uli Grötsch
Berichterstatter

Christoph de Vries
Berichterstatter

Lamya Kaddor
Berichterstatterin

Linda Teuteberg
Berichterstatterin

Dr. Bernd Baumann
Berichterstatter

Martina Renner
Berichterstatterin

